



Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend

27. Sitzung (öffentlich)

22. Februar 2024

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:03 Uhr

Vorsitz: Wolfgang Jörg (SPD)

Protokoll: Stephan Vallata

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	5
a) Gedenkminute für Nadja Büteführ	5
b) Änderung der Tagesordnung	5
Der Ausschuss verständigt sich auf Empfehlung der Obleute- runde darauf, die Reihenfolge in der ursprünglichen Tagesord- nung zu ändern und TOP 7 – Thema: „Verzicht auf Expertise des Landesrechnungshofs“ – als TOP 3 sowie TOP 8 – Stichwort: „Verwendungsnachweise“ – als TOP 4 in Verbindung miteinander aufzurufen.	
1 Vorstellung der Studie der TU Dortmund und des DJI zur Fachkräfte- situation (Bildschirmpräsentation s. Anlage 1)	6
– Gespräch mit sachverständigen Gästen	

2 Sachstandsbericht Fachkräfteoffensive Sozial- und Erziehungsberufe **24**
(Bericht auf Wunsch der Landesregierung)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2289

– mündlicher Bericht der Landesregierung

– Wortbeiträge

3 Unzulässiger Verzicht auf Expertise des Landesrechnungshofs bei **30**
Förderprogrammen *(Bericht beantragt von der Fraktion der SPD-Fraktion*
[s. Anlage 2])

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2275
Vorlage 18/2288

In Verbindung mit:

4 Verwendungsnachweise zu Ausgaben nach dem Gesetz zur frühen
Bildung und Förderung von Kindern *(Bericht beantragt von der SPD-*
Fraktion [s. Anlage 2])

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2285

– Wortbeiträge

5 Chancengleichheit schaffen – Inklusion in der Kita auf ein breites Fun- **39**
dament stellen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/4585

Ausschussprotokoll 18/444 (Anhörung am 07.12.2023)

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, die Aussprache und das Votum
auf die nächste Sitzung zu vertagen.

**6 Brandbrief der Städte und Gemeinden an den Ministerpräsidenten –
Unsere Kommunen brauchen eine kommunalfreundliche Landesregie-
rung** **40**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/6383

Ausschussprotokoll 18/477 (Anhörung am 19.01.2024)

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Frakti-
onen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die
Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion ab.

**7 Entwurf einer Zusatzvereinbarung zur Verwaltungsvereinbarung „Fonds
Frühe Hilfen“ zur Umsetzung der digitalen Antragsplattform der Bun-
desstiftung Frühe Hilfen** **41**

Vorlage 18/2214
Drucksache 18/7950 (Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags)

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss nimmt den Entwurf zur Kenntnis.

**8 Vor verschlossenen Türen? Wie haben sich die Kita-Schließungen seit
2022 entwickelt? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2])** **42**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2277

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, die Aussprache aus Zeitgrün-
den auf die nächste Sitzung zu vertagen.

9 Bericht über die Ergebnisse des PROGNOSE-Gutachtens zum Kinderbildungsgesetz und den weiteren Zeitplan der Evaluation des Kinderbildungsgesetzes (*Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 3]*) **43**

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, die Aussprache aus Zeitgründen auf die nächste Sitzung zu vertagen.

* * *

6 Brandbrief der Städte und Gemeinden an den Ministerpräsidenten – Unsere Kommunen brauchen eine kommunalfreundliche Landesregierung

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/6383

Ausschussprotokoll 18/477 (Anhörung am 19.01.2024)

– abschließende Beratung und Abstimmung

(Überweisung an den Ausschuss für Heimat und Kommunales – federführend –, an den Haushalts- und Finanzausschuss, an den Ausschuss für Schule und Bildung sowie an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend am 25.10.2023)

Das Land, so **Dr. Dennis Maelzer (SPD)**, müsse die die Kommunen bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zum Beispiel im Bereich der Kindertagesbetreuung in Kitas und in der OGS wirkungsvoller unterstützen. Hielte sich das Land hier zurück, litten die Kommunen darunter.

Jens Kamieth (CDU) bringt die ablehnende Haltung seiner Fraktion unter Verweis auf die Bundespolitik zum Ausdruck. Allein schon im Zusammenhang mit der kommunalen Wärmeleitplanung und dem Wachstumschancengesetz entstünden viele Nachteile für die Kommunen.

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion ab.

